

Achtungszeichen!

Begriffe und Sprache der Neuen Rechten



Begriffe und Sprache der Neuen Rechten

Als „Neue Rechte“ werden seit den 1970er Jahren Akteur*innen und Institutionen bezeichnet, die sich verbal vom Nationalsozialismus distanzieren und sich von der „Alten Rechten“ vor allem durch neue politische Taktiken und Kommunikationstechniken unterscheiden.

Zentral für die Neue Rechte ist die Abkehr von parteipolitischen Organisationen hin zu kulturpolitischen Institutionen. Hierunter fallen auch Bildungseinrichtungen.

Um Meinungsbildung und Erziehung zu beeinflussen, gibt sich die Neue Rechte betont gewaltfrei und greift auf Marketing-, Rhetorik- und Kommunikationsstrategien zurück, mit denen sie ihre demokratiefeindlichen Gesellschaftsvorstellungen fest in den öffentlichen Diskussionen und der politischen Sprache verankern will.

Um sich nicht in Diskussionen zu verrennen und neurechter Rhetorik entschieden entgegenzutreten, ist es notwendig, diese zu erkennen und zu entlarven.

Die Handreichung „Achtungszeichen! Begriffe und Sprache der Neuen Rechten“ stellt daher zentrale Konzepte, Begriffe und Akteur*innen der Neuen Rechten vor und illustriert anhand von Beispielen, wie sich die Neue Rechte inszeniert, um gesellschaftlich anschlussfähig zu bleiben.

Zum Umgang mit rechtem Lifestyle, Einstellungen und zu weiterführenden politischen Bildungsangeboten an Schulen, Ausbildungseinrichtungen und in Betrieben beraten wir gern.

Inhalt

Die Neue Rechte in Deutschland	02
Begriffe der Neuen Rechten	04
Strategien	30
Akteure	42
Literaturempfehlungen	44
Weiterführende Hinweise	45



Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen

Vorstand
C. Melcher, R. Hron, R. Seliger, S. Ott, V. Seeberger, J. Rudi, S. Rührich

Geschäftsführung
Nina Gbur
sachsen@netzwerk-courage.de | 0351 48 100 67

Redaktion: NDC Sachsen, Felix Schilk

Titelfoto: Johannes Grunert

Satz und Layout: www.kollektivdesign.com

Redaktionsschluss: Dezember 2021

Neuaufgabe: September 2025

V.i.S.d.P.
Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
Könneritzstraße 7 | 01067 Dresden

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Neue Rechte in Deutschland

Seit den Erfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa, erfährt die sogenannte „Neue Rechte“ verstärkte mediale Aufmerksamkeit.

Als „Neue Rechte“ werden seit den 1970er Jahren Akteure und Institutionen bezeichnet, die sich verbal vom Nationalsozialismus distanzieren und sich von der „Alten Rechten“ vor allem durch neue politische Taktiken und Kommunikationstechniken unterscheiden. Ein wesentlicher Grund für diese strategische Neuausrichtung waren einerseits die anhaltenden Misserfolge extrem rechter Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg und andererseits Generationenkonflikte. Die zentrale Innovation der Neuen Rechten war die Abkehr von parteipolitischen und eine Hinwendung zu kulturpolitischen Organisationen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass politische Wahlerfolge durch einen langfristigen, gesellschaftlichen Mentalitäts- und Einstellungswandel vorbereitet werden müssen. Die Neue Rechte interessiert sich daher besonders für die gesellschaftlichen Bereiche, in denen Meinungsbildung, Erziehung und politische Sozialisation stattfinden. Dazu gehören etwa Bildungs- und Kultureinrichtungen, Medien und Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Zusammenhänge wie Vereine und Stiftungen.

In allen diesen Feldern sind Akteure der Neuen Rechten präsent. Um dort anschlussfähig zu bleiben, inszeniert sich die Neue Rechte als legitimer Teilnehmer am pluralen und demokratischen Diskurs. Sie gibt sich betont gewaltfrei und greift auf Marketing-, Rhetorik- und Kommunikationsstrategien zurück, mit denen sie ihre demokratiefeindlichen Gesellschaftsvorstellungen fest in den öffentlichen Diskussionen und der politischen Sprache verankern will. Auf lange Sicht soll so der Rahmen des Sag- und Denkbaren verschoben werden und schließlich Eingang in politische Entscheidungen finden. In der Politikwissenschaft wird von einer „Scharnier- oder Brückenfunktion“ der Neuen Rechten gesprochen. Sie ist das kommunikative Bindeglied zwischen Rechtsextremismus und bürgerlich-konservativen Kräften, die sie als Bündnispartner gewinnen will. Zu den Parteien der extremen Rechten steht die Neue Rechte in einem arbeitsteiligen

Verhältnis. Sie bereitet den Boden für ihre Wahlerfolge, ist Innovationsmotor für Kampagnen und Strategien und Rekrutierungsboden für das politische Personal der Zukunft.

Zu ihren Äußerungen und Aktionsformen haben die Akteure der Neuen Rechten vor allem ein strategisches Verhältnis. Tabubrüche, Vorwürfe an den politischen Gegner und die Einübung in eine Opferrolle dienen der Aufwertung und Stärkung der eigenen Position. Obwohl sich die Neue Rechte immer wieder diskussionsfreudig gibt und ergebnisoffene Beteiligung an öffentlichen Diskussionen einfordert, ist sie an Debatten nur insofern interessiert, als dass sie diese als Punktgewinne verbuchen und ihren politischen Gegner vorführen kann. Zu den kulturpolitischen Kalkülen der Neuen Rechten gehört auch, die Aktionsräume des politischen Gegners einzuschränken. Der Blick auf Länder wie Ungarn, in denen politische Vorbilder der Neuen Rechten an der Macht sind, zeigt, dass eine lebendige, vielfältige und kritische Zivilgesellschaft von den politischen Zielen der Neuen Rechten existentiell bedroht ist.

Mit dieser Broschüre wollen wir dabei helfen, die Strategien der Neuen Rechten zu erkennen und ihnen souverän entgegenzutreten. Durch die Dekonstruktion ihrer Rhetorik kann vermieden werden, sich in Diskussionen zu verrennen. Im Folgenden werden daher zentrale Konzepte, Begriffe und Akteure vorgestellt, erklärt und anhand von Beispielen illustriert. Anschließend finden sich Verweise auf weitere hilfreiche Publikationen, Glossare sowie Ansprechpartner*innen der demokratiefördernden politischen Bildung.



Foto: Johannes Grunert

Begriffe der Neuen Rechten

Abendland

Mit dem Begriff „Abendland“ sind meist die christlich geprägten Teile (West-)Europas gemeint, die als sozial und kulturell homogener Kulturraum konstruiert und einem islamisch geprägten „Morgenland“ gegenübergestellt werden. Historisch geht er allerdings auf die Spaltung der christlichen Kirche in eine römisch-katholische Westkirche und eine byzantinisch-orthodoxe Ostkirche zurück. In rechten Diskursen dient er dazu, ein dualistisches Bild von Freund und Feind, Eigenem und Fremdem und entsprechende Affekte zu aktivieren. Häufig ist er dabei mit Vorstellungen von Bedrohung, Niedergang und Identitäts-

verlust verbunden und provoziert Aufrufe zur Verteidigung und Abwehr („Reconquista“). Popularität erlangte der Begriff in den 1920er Jahren durch die Veröffentlichung von Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“, einem zentralen Werk der **Konservativen Revolution**. In der Zwischenkriegszeit wurde ein abendländisches Europa als Bollwerk gegen die revolutionäre Sowjetunion behauptet. In aktuellen Debatten taucht er als Gegenbegriff zu einer vermeintlichen **Islamisierung** auf, etwa bei den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida).

„Die tatsächliche Frontlinie verläuft im Krieg zwischen einem abendländischen und einem islamisierten Europa.“

Richard Millet in der neurechten Zeitschrift Sezession¹

¹ Millet, Richard (2013): „Wir – Wächter im Niedergang“. Interview mit Benedikt Kaiser. In: Sezession 55, S. 4-5, hier: 5.



Foto: Johannes Grunert

Konservative Revolution

Der Begriff „Konservative Revolution“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Armin Mohler, der treibenden Kraft der Neuen Rechten, erfunden, um rechte Strömungen der Zwischenkriegszeit zu kanonisieren und vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Mohler wollte der extremen Rechten in der Bundesrepublik einen Neubeginn und Bündnisoptionen mit konservativen Kräften ermöglichen, dafür war eine Trennung ihrer Ideen und Stichwortgeber vom Nationalsozialismus unerlässlich. Zu den Autoren, die Mohler als „Konservative Revolution“ zusammenfasste, gehörten u.a. Oswald Spengler, Ernst Jünger, Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung und Hans Freyer. Sie zeichneten sich durch eine strikte Ablehnung der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit aus, bekämpften die

Demokratie der Weimarer Republik und bewunderten den italienischen Faschismus, während ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus z.T. ambivalent blieb. Einige streben eine **Querfront** mit linken Nationalisten an und sympathisierten mit dem „linken“ Flügel der NSDAP um Otto und Georg Strasser. Für die Neue Rechte, insbesondere das **Institut für Staatspolitik**, bilden die Autoren der Konservativen Revolution eine ideologische Ahnengalerie, auf die sich häufig schlagwortartig bezogen wird. Langfristiges Ziel ist und bleibt dabei die revolutionäre Umwälzung der liberalen Gesellschaftsordnung durch einen autoritären Staat. Die Nutzung dieser (und anderer) Begrifflichkeiten der Neuen Rechten, sei es bewusst oder unbewusst, ist aufgrund der Anschlussfähigkeit der Diskurse problematisch, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Auf die linke Revolution der 68er und die Dominanz der Eliten muss eine konservative Revolution der Bürger folgen.“

Alexander Dobrindt, CSU²

Der „Kleine Austausch“

In den Schriften von Camus wird der „Große Austausch“ vom Prozess des „Kleinen Austauschs“ begleitet. Damit beschreibt Camus den vermeintlichen Niedergang der einheimischen Kultur („Zivilisationsverfall“) durch die Massen- und Konsumgesellschaft, welcher traditionelle Eliten und ihre Werte bedroht. Camus knüpft

damit an eine uralte rechte Erzählung an, die Liberalismus und Demokratie als Dekadenz- und Verfallserscheinungen einer traditionellen Gesellschaftsordnung deuten. In unterschiedlichen Variationen gehört diese Erzählung heute zu den Kernbestandteilen des Rechtspopulismus.

„Als Phänomen aber ist der Kleine Austausch die Auswechslung der tonangebenden Kulturklasse, die Substitution der Kultur durch die Kulturindustrie oder, um es brutal auszudrücken, der Zusammenbruch der Kultur, die Verdummung der Massen, das Unterrichtsprogramm des Vergessens, die Thronerhebung des Stumpfsinns. Der Kleine Austausch ist die conditio sine qua non des Großen Austausches. Er geht ihm voraus.“

Renaud Camus, neurechter Philosoph³

² Dobrindt, Alexander (2018): „Wir brauchen eine bürgerlich-konservative Wende“, in: Die Welt, 4.1.2018, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus172133774/Warum-wir-nach-den-68ern-eine-buergerlich-konservative-Wende-brauchen.html> (zuletzt abgerufen 14.12.2020)

³ Camus, Renaud (2020): Der kleine Austausch – Gespräch mit Renaud Camus. In: Sezession im Netz, 28.1.2020, <https://sezession.de/62004/der-kleine-austausch-gespraech-mit-renaud-camus>. (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)

Der „Grosse Austausch“

Die Verschwörungstheorie des „Großen Austauschs“ geht auf den französischen Autor Renaud Camus zurück, der den Begriff ab 2010 in seinen Texten verwendet. Camus beschreibt damit den Prozess eines vermeintlichen Bevölkerungsaustausches, den liberale und linke Eliten (die „Austauscher“) vorantreiben sollen, um die einheimische europäische Bevölkerung durch die „Masseneinwanderung“ von nicht-weißen Migrant*innen zu ersetzen. In der doppelten

Feinderklärung gegen äußere „Fremde“ und innere „Eliten“ aktiviert der Begriff sowohl rassistische als auch antisemitische Vorstellungen. Aktivisten der **Identitären Bewegung** wie Martin Sellner und Martin Lichtmesz haben den Begriff aufgegriffen und in Form von Kampagnen popularisiert. Auch der Attentäter von Christchurch, der im März 2019 zwei Moscheen überfallen und dabei 51 Menschen getötet hat, hatte sein Manifest mit „The Great Replacement“ überschrieben.

„Man kann diese ungeheure Erschütterung auch anders beschreiben: als ethnische und kulturelle Substitution, als demographische Überschwemmung, als Gegen-Kolonisation, als Eroberung Europas durch Afrika, eine spiegelbildliche Kopie der einstigen Eroberung Afrikas durch die Europäer, die allerdings gravierendere Folgen hat und viel tiefer reicht.“

Renaud Camus, neurechter Philosoph⁴

Das wahre Problem sind aber die ‚Austauscher‘. Indem man Masseneinwanderung und Islamisierung als Aspekte des Gesamtprozesses erkennt, treten die konkreten Einwanderer notwendigerweise als Feindbilder zurück. Die Initiatoren, Vertuscher und Förderer des Gesamtprozesses sind die wahren Feinde jener, die den Großen Austausch verhindern wollen. Sie sind die wahren Feinde der europäischen Völker. (...) Diese Clique an naiven Spinnern, eiskalten Lügner, verblendeten Fanatikern und gleichgültigen Opportunisten macht den Großen Austausch möglich. (...) Der Kampf gegen den Großen Austausch muß sich daher gegen diesen Feind richten, gegen die Austauscher. Sie müssen selbst ausgetauscht werden, bevor sie ihr Volk austauschen.“

Martin Sellner, führender Aktivist der Identitären Bewegung⁵

⁴ Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Antaios, S. 161

⁵ Sellner, Martin (2016): Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis. In: Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Antaios, S. 189-221, hier: 206f.

BLANKENSTEIN
grüßt
die PEGIDA!

HEIMATSCHUTZ
statt
Islamisierung !

Überfremdung

Mit dem Begriff „Überfremdung“ bezeichnen Rechtsextremisten den aus ihrer Sicht schädlichen Einfluss von Migration auf Gesellschaft und Kultur.

Die NPD agitiert seit ihrer Gründung im Jahr 1967 gegen „Überfremdung“. 1993 wurde der Begriff zum deutschen Unwort des Jahres gewählt.

Umvolkung

Der Kampfbegriff „Umvolkung“ lässt sich mit verschiedenen Bedeutungen bis in die 1920er Jahre zurückverfolgen. Von der heutigen extremen Rechten wird er analog zur Verschwörungstheorie des **Großen Austauschs** zur Beschreibung (Framing) von ungewollten demografischen Veränderungen der deutschen

Bevölkerung verwendet, die durch eine niedrige Geburtenrate, Überalterung und Zuwanderung erfolgt. Diese Thesen, die inhaltlich von Sarrazin durch sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) popularisiert wurden, werden von der Neuen Rechten mit diesem Begriff zusammengefasst.



Foto: Johannes Grunert

Remigration

Die Forderung nach „Remigration“ ist die neurechte Antwort auf die Verschwörungstheorie des **Großen Austauschs** und wird vor allem von Aktivist*innen der **Identitären Bewegung**

popularisiert und unter dem Slogan „Integration ist gescheitert“ kampagnenmäßig zugespielt. Dabei geht es um die Ausweisung und Abschiebung der nicht-weißen Bevölkerung.

„Ja, neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß-angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Björn Höcke, AfD⁶

⁶ Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Lüdinghausen: Manuscriptum, S. 254.

Reconquista

Die „Reconquista“ (spanisch und portugiesisch: Rückeroberung) bezeichnete die Ausdehnung der christlichen Herrschaftsbereiche auf der Iberischen Halbinsel und die Zurückdrängung der muslimischen Reiche vom 8. bis zum 15. Jahrhundert.

Die **Identitäre Bewegung** verbindet mit dem Begriff eine Heldengeschichte des Kampfes des christlichen Abendlandes gegen den Islam und versucht ihn als Slogan für ihr Remigrationsprojekt fruchtbar zu machen.

„Der Begriff der Reconquista (‚Rückeroberung‘) ist an das historische Ereignis der schrittweisen Rückeroberung der iberischen Halbinseln durch die westgotischen Reichsnachfolger, die zuvor durch muslimische Eroberer besetzt gehalten wurden [sic]. Gewiss stehen wir heute in keiner unmittelbaren militärischen Konfrontation und dennoch dominiert der Zeitgeist der Selbstabschaffung durch die Ideologie von Multikulti. Es ist also vornehmlich ein Kampf um Ideen, Begriffe und politische Positionen. Als Identitäre Bewegung wollen wir uns die gesellschaftlichen Diskursräume zurückerobern, die zuvor von einer linksliberalen Hegemonie dominiert wurden.“

Website der Identitären Bewegung⁷

⁷ Identitäre Bewegung: Was bedeutet der Begriff „Reconquista“? <https://www.identitaere-bewegung.de/faq/was-bedeutet-der-begriff-reconquista/> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)

Genderismus * Gender-Wahn * Gender-Ideologie

Mit dem Sammelbegriff „Genderismus“ werden in antifeministischen Kreisen Gleichstellungsmaßnahmen des Gender Mainstreaming, geschlechtergerechte Sprache und Sexualpädagogik abgewertet. Häufig werden dazu aus dem Kontext gerissene, scheinbar absurde Ereignisse, Maßnahmen und Bezeichnungen angeführt, um sie der Lächerlichkeit preiszugeben und ihre Überflüssigkeit zu suggerieren. Durch analoges

Framing als „Genderwahn“, „Gender-Gaga“ und „Gender-Ideologie“ wird versucht, Gleichstellungspolitik zu pathologisieren. Zielscheibe der antifeministischen Angriffe sind auch die Gender Studies, deren Wissenschaftlichkeit pauschal in Frage gestellt wird. Als sozial erwünschte Normalität wird dagegen das Bild der traditionellen heterosexuellen Kleinfamilie verbreitet und vor ihrer „Auflösung“ gewarnt.

„Gender-Mainstreaming ist die Ausgeburt des Feminismus, der es im Schulterschuß und in Personalunion [sic], mit der internationalen Homolobby geschafft hat, den Machtapparat der UN und der EU für seine Ziele zu instrumentalisieren.“

Gabriele Kuby, christlich-konservative Antifeministin⁸



Foto: Tim Mönch



Foto: Share-Pic der AfD Berlin, <https://twitter.com/afdberlin/status/068485945056468993> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)

⁸ 18. März 2009: Gabriele Kuby referierte zum Thema „Gender Mainstreaming als Ausgeburt des Feminismus“ auf Einladung der Förderstiftung konservative Bildung und Forschung (FKBF) in München und benutzte u.a. folgende Formulierungen: http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Gabriele_Kuby



Quelle: Junge Freiheit, Nr. 47/14, 14.11.2014

Frühsexualisierung

Die „Frühsexualisierung“ ist ein antifeministischer Kampfbegriff gegen Sexualaufklärung und eine Pädagogik der Vielfalt. Er richtet sich gegen Bildungsmaßnahmen, die Kinder und Jugendliche über Sexualität und homosexuelle Lebensweisen aufklären. Um diesen Maßnahmen ihre Rechtmäßigkeit abzuspüren, werden häufig erfundene oder selektiv zugespitzte Fälle angeführt und auf die Figur des unschuldigen Kindes zurückgegriffen, während Sexualpädagog*innen und eine vermeintliche „Homolobby“ mit Pädophilie- und Perversionsvorwürfen konfrontiert werden. Statt sexueller Selbstbestimmung und Aufklärung

unterstellen ihnen Antifeminist*innen die „Umerziehung“ der Kinder (siehe Abb. S.16). Verbreitet ist der Begriff vor allem in der christlichen Rechten, die ihn in den 1990er Jahren in einer Kampagne gegen das Jugendmagazin BRAVO popularisierte. In den letzten Jahren wurde er von der Bewegung „Demo für alle“ aufgegriffen, die vor allem in Baden-Württemberg gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe protestierte. In Sachsen veranstalten rechte Abtreibungsgegner*innen jährlich einen „Schweigemarsch für das Leben“ in Annaberg-Buchholz, der sich ebenfalls gegen „Frühsexualisierung“ richtet.

„Wir treten ein für Ehe und Familie, auf die unsere Gesellschaft seit Jahrtausenden gründet, und wenden uns gegen die alles durchdringenden Umerziehungsversuche gut organisierter Lobbygruppen und Ideologen. [...] Familien und Bürger aller religiösen Bekenntnisse, gemäßigten politischen Parteien und Weltanschauungen, die die Abschaffung der natürlichen Geschlechter durch das Gender Mainstreaming und die Zerstörung der Familie aufhalten wollen, laden wir ein, sich uns anzuschließen. Gemeinsam gehen wir auf die Straße, um für die Wahrung der Elternrechte, für Ehe und Familie und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung der Kinder in Kita und Schule zu demonstrieren.“

Website der „Demo für Alle“⁹

⁹ Demo für Alle: Wer wir sind, <https://demofueralle.de/home/wer-wir-sind/> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)

Asylindustrie * Asyltourismus

Durch gezieltes Framing wollen extreme und neurechte Akteure die Unterstützung von Geflüchteten und die Seenotrettung im Mittelmeer verunglimpfen. Die Rede von der „Asylindustrie“ unterstellt, dass hinter humanitären Motiven Geschäftsinteressen verborgen seien, weil die Zivilgesellschaft und soziale Einrichtungen durch erhöhte staatliche Zuwendungen und Förderprogramme von steigenden Zahlen von

Geflüchteten profitieren würden (siehe Abb. S. 19). Geflüchteten wird vorgeworfen, unter dem Deckmantel des Asyls vor allem Sozialleistungen beziehen zu wollen. Mit dem beschönigenden Begriff „Asyltourismus“ werden die lebensbedrohliche Realität der Flucht verharmlost und die brutalen und illegalen Zustände an den europäischen Außengrenzen verdrängt.

Onkel Asyl

Wie Gauck Einwanderer lockt

Der Kosovo kommt

Flüchtlinge machen Kasse

Putin libertär

Die Alternative zur EU

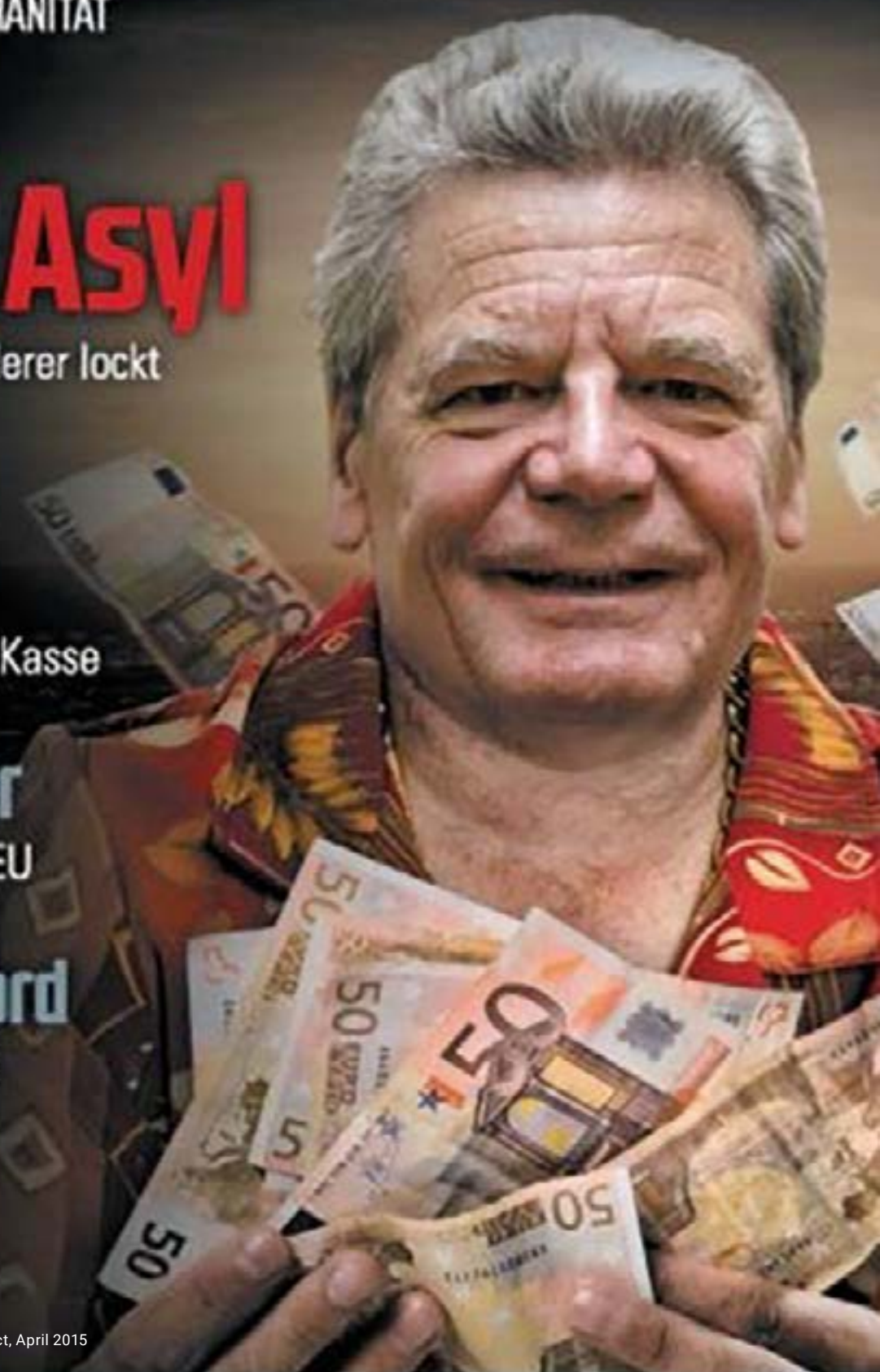
Nemzow-Mord

Models und Mafiosi

Bismarck

Enfant Terrible?

Quelle: Compact, April 2015



Dossier: Jugendämter
Kinderklau in der Grauzone





Bild aus Tichys Einblick, Ausgabe 11/2019

Klimahysterie

„Klimahysterie“ ist ein in neurechten Kreisen verbreitetes Framing, mit dem Aktivitäten der Klimaschutzbewegung als übertrieben und „krank“ eingeordnet werden. Der Begriff hat eine ähnliche Funktion wie die Behauptung eines Genderwahns. Wissenschaftliche Theorien wie Prognosen zum Klimawandel oder der Schädlichkeit von Feinstaub werden pauschal abgetan und damit der Diskussion entzogen.

Die Behauptung der Verhältnisslosigkeit von umweltpolitischen Forderungen und Maßnahmen wird häufig mit Warnungen vor einer „Öko-Diktatur“ verbunden. Das Framing ist ebenfalls antifeministisch aufgeladen. Mit der Entstehung der Fridays-for-Future-Bewegung haben Rechtspopulist*innen und Neue Rechte in Greta Thunberg ein symbolisches Feindbild gefunden. Im Jahr 2019 wurde „Klimahysterie“ zum Unwort des Jahres gewählt.

„Seit einem Jahr erleben wir eine von links-grünen Lobbygruppen und maßgeblichen Medien begeistert orchestrierte Mega-Kampagne, eine regelrechte ‚Klima-Hysterie‘, die mit der Panik vor einem angeblich durch CO2 verursachten bevorstehenden Weltuntergang alle anderen Fragen verdrängte. (...) Bei den Klimaführern wie Greta Thunberg, Luisa Neubauer, Carla Reemtsma oder Jakob Blasel handelt es sich nämlich keineswegs um Wunderkinder. Vielmehr ziehen hinter ihnen erwachsene Vertreter einer Klima-Lobby sowie zumeist die eigenen Eltern die Strippen, die die Ideologie der angeblich von Schülern ins Leben gerufenen ‚Fridays for Future‘ -Bewegung maßgeblich anschieben und für die notwendige organisatorische Unterstützung sorgen.“

Dieter Stein, Chefredakteur der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“¹⁰

¹⁰ Dieter Stein: „Wir müssen die Klima-Hysterie stoppen!“. In: Neue Bürgerzeitung, 28.12.2019, <http://neuebuergerzeitung.de/wir-muessen-die-klima-hysterie-stoppen> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020).

Hypermoral * Gesinnungsethik

„Hypermoral“ und „Gesinnungsethik“ sind unsachliche Kampfbegriffe, die der konservative Soziologe Arnold Gehlen 1969 in einer Abrechnung mit den Studierendenprotesten von 1968 geprägt hat. In seinem Buch „Moral und Hypermoral“ argumentiert er, dass ein uneingeschränkter Humanismus und die Geltung universalistischer Rechte für alle Menschen realpolitisch nicht umsetzbar seien und die Funktion der gesellschaftlichen Ordnung untergraben. Gehlen plädiert stattdessen

dafür, Nächstenliebe auf den sozialen Nahraum zu beschränken und die existierenden Institutionen kritiklos anzuerkennen. Im Zuge von Versuchen das Asylrecht einzuschränken, wird der Begriff heute von der Neuen Rechten aufgegriffen. Er impliziert, dass es ein Zuviel an Moral gebe (*Gutmensch*) und hat die Funktion, Forderungen nach Schutz und Gleichbehandlung aller Menschen für nicht rechtmäßig zu erklären.

„So nimmt der Leviathan mehr und mehr die Züge einer Milchkuh an, die Funktionen als Produktionshelfer, Sozialgesetzgeber und Auszahlungskasse treten in den Vordergrund, und man hat dem humanitär-eudaimonistischen Ethos die Tore so weit geöffnet, daß das eigentlich der Institution angemessene Dienst- und Pflichtethos aus der öffentlichen Sprache und aus den Kategorien der Massenmedien vollständig verschwunden ist und dort nur noch Gelächter auslöst.“

Arnold Gehlen (1904-1976), konservativer Soziologe¹¹

Ethnopluralismus

Das Konzept des „Ethnopluralismus“ wurde in den 1970er Jahren von Henning Eichberg entwickelt und besagt, dass Kulturen, v.a. kulturelle Praktiken, Wertevorstellungen, Traditionen, Religionen und Sprachen, abgegrenzt voneinander existieren sollten. Die Neue Rechte behauptet, mit dem Ethnopluralismus den klassischen Rassismus überwunden zu haben, indem sie nicht mehr von „Rassen“, sondern „kulturellen Identitäten“ und „Völkern“ spricht, die sich grundlegend voneinander unterscheiden. Sie seien zwar im Prinzip gleichwertig, dürften sich aber nicht miteinander vermischen. Die Konsequenzen sind ähnlich:

Ethnopluralist*innen fordern, dass Menschen in ihren Herkunftskulturen bleiben und bekämpfen die Idee einer multikulturellen Gesellschaft. Gleichzeitig werden durch das Konzept Vorstellungen von universell gültigen Menschenrechten negiert. Am Begriff lässt sich die neurechte *Metapolitik* gut illustrieren. Durch die Bezeichnung als „Pluralismus“ und die Betonung, fremde Kulturen schützen zu wollen, sollen vermeintlich positive Aspekte kommuniziert werden. Im Kern handelt es sich beim Ethnopluralismus jedoch um einen ausschließenden „kulturellen Rassismus“.

Souveränität

Die rechte Forderung nach Souveränität ist in der Regel nationalistisch geprägt und richtet sich gegen Folgen der ökonomischen und kulturellen Globalisierung, insbesondere gegen offene Grenzen und Zuwanderung. Durch das Beklagen fehlender nationaler Souveränität wird entweder die Abgabe von staatlichen Kompetenzen an die Europäische Union kritisiert, oder in geschichts-revisionistischer Manier eine anhaltende Besatzung der Bundesrepublik durch die Siegermächte des

Zweiten Weltkrieges behauptet. Entsprechend impliziert die Forderung nach Souveränität die Durchsetzung nationaler Interessen und eine positive Geschichtsschreibung, die Nationalmythen hervorhebt und Verbrechen leugnet oder verdrängt. Vor allem in der Reichsbürgerszene und bei rechten Verschwörungstheoretiker_innen ist der Begriff verbreitet. Die Zeitschrift *Compact* trägt als Untertitel „Magazin für Souveränität“.

¹¹ Gehlen, Arnold (2004): Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Frankfurt am Main: Klostermann, S. 107.

Deutschfeindlichkeit

Mit dieser Wortneuschöpfung **framen** extreme Rechte Übergriffe und Gewalt gegen weiße Deutsche, sofern es sich bei den vermeintlichen Täter*innen um Nichtdeutsche handelt. Durch die Behauptung eines „Rassismus gegen Deutsche“ soll das Ausmaß rassistischer Übergriffe in Deutschland relativiert und die Deutschen pauschal als Opfer von „Ausländergewalt“ hingestellt werden. Die Titelseite rechts (S. 25) ist ein klassisches Beispiel für eine mit dramatischen Bildern unterstrichene Behauptung verbreiteter

„Deutschenfeindlichkeit“. Der Begriff wird unter Verweis auf Schimpfworte wie „Kartoffel“ oder „Scheißdeutsche“ auch genutzt, um eine vermeintliche Doppelmoral von linken Antirassist*innen zu skandalisieren, deren „Politische Korrektheit“ nicht für die Angehörigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft gelte. Existierende Fälle von Mobbing von deutschen Schüler*innen durch Migrant*innen unterscheiden sich von Rassismus jedoch durch ihre fehlende strukturelle Komponente auf gesellschaftlicher Ebene.

„Daß Einwanderer einheimische Deutsche aufgrund ihrer Volks- und Kulturzugehörigkeit als Feinde ausmachen, belegt die politische Dimension von Deutschenfeindlichkeit als Erscheinungsform eines durch Überfremdung herbeigeführten Vorbürgerkriegs.“

Junge Freiheit, neurechte Wochenzeitung¹²

¹² Paulwitz, Michael: Staatsversagen im Vorbürgerkrieg. JF 50/2011, S. 4, nach: Steinke, Bernhard (2016): Deutschenfeindlichkeit. In: Gießelmann/Heun/Kerst/Suermann/Virchow (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach: Wochenschau, S. 76

COMPACT 
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT
April 05/2018 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

Hass auf Deutsche

Wie unsere Schulkinder zu Opfern werden

Syrien
Der 3. Weltkrieg?

Ami go home
Hochhuth im Interview

Widerstand!
Was tun? Die Debatte

GEZ-Fernsehen
Im Multikulti-Stadt

Quelle: Compact, Mai 2018

Dossier: Das andere 1968
Haschrebelln und Nationalrevolutionäre

George Soros

Der jüdische Milliardär und Philanthrop George Soros ist die Anti-Ikone des globalen Rechtspopulismus. Soros unterstützt durch die Open Society Foundation weltweit zivilgesellschaftliche Projekte und tritt als Verteidiger von Liberalismus und Bürgerrechten auf, weshalb er Rechtspopulist*innen ein Dorn im Auge ist. Der ungarische Autokrat Viktor Orbán hat Soros seit 2013 als Feindbild ins Zentrum seiner Wahlkämpfe gestellt und durch antisemitische Schmähungen und die Verbreitung von Verschwörungstheorien dämoni-

siert. Demnach sei Soros verantwortlich für die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und wolle durch einen „Soros-Plan“ und die Finanzierung von ausländischen NGOs die europäischen Nationalstaaten destabilisieren. Die antisemitische Verschwörungstheorie wird seitdem weltweit aufgegriffen und von Autokraten aller Couleur im Kampf gegen eine demokratische Zivilgesellschaft instrumentalisiert, um Repressionen und Schikanen zu rechtfertigen. Die Neue Rechte sieht in Orbáns Kampagne ein Vorbild für eine erfolgreiche **Metapolitik**.

„Wir kämpfen gegen einen Feind, der anders ist als wir. Der sich nicht zu erkennen gibt, sondern versteckt; nicht aufrichtig ist, sondern listig; nicht ehrlich, sondern gemein; nicht national, sondern international; der nicht an Arbeit glaubt, aber mit Geld spekuliert; der kein Heimatland hat, aber meint, dass ihm die Welt gehört.“

Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident¹³

¹³ Rede anlässlich des 170. Jahrestages der Ungarischen Revolution von 1848-1849 in Budapest am 15. März 2018, Wortlaut z.B. hier: <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/15/hungarian-leader-says-europe-is-now-under-invasion-by-migrants>.

Kulturmarxismus

Der verschwörungstheoretische Begriff des „Kulturmarxismus“ tauchte in den 1990er Jahren im Umfeld des US-amerikanischen Konservatismus auf und beschreibt die vermeintliche Zerstörung der westlichen Kultur durch Liberalismus, Gleichstellungspolitik, Multikulturalismus und **Political Correctness**. Dabei wird das neurechte Hegemoniekonzept einer Kulturrevolution dem politischen Gegner unterstellt und der zersetzende Einfluss der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule beklagt.

Weil er linke und häufig jüdische Intellektuelle als Strippenzieher eines vermeintlichen Gesellschaftsumbaus benennt und zudem dem nationalsozialistischen Begriff des „Kulturbolschewismus“ ähnelt, ist er auch antisemitisch aufgeladen. Er ermöglicht jedoch eine Umwegkommunikation, die offene antisemitische Bezüge vermeidet. Die US-amerikanische Neue Rechte, die sogenannte Alt-Right, greift heute intensiv auf den Begriff zurück. Auch der Rechtsterrorist Anders Breivik bezog sich in seinem Manifest auf das Konzept.



Foto: Felix Schilk

Totalitarismus

Als „Totalitarismus“ bezeichnet die Neue Rechte alle Versuche, von staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Seite auf moralische (**Hypermoral**) Verhaltensänderungen der Bevölkerung hinzuwirken, wie etwa durch politische Bildung, Sexualaufklärung (**Frühsexualisierung**), die Verwendung geschlechtergerechter Sprache (Genderismus), umweltpolitische Maßnahmen (**Klimahysterie**) oder Antidiskriminierungspolitik (**Political Correctness**). Diesen Anliegen soll durch den Begriff die demokratische Legitimation abgesprochen werden, zugleich werden sie durch die Rhetorik in die Nähe des Nationalsozialismus oder Stalinismus gerückt, die Hannah Arendt als totalitäre Herrschafts-

systeme bezeichnet hat. Der Totalitarismusvorwurf wird häufig mit symbolischen Verweisen auf literarische und filmische Dystopien verbunden, wie Aldous Huxleys „Schöne Neue Welt“, George Orwells „1984“, Ray Bradburys „Fahrenheit 451“ oder die „Matrix-Trilogie“. Andere **Framings** rücken sie in die Nähe des jakobinischen „Tugendterrors“ während der Französischen Revolution oder die „Umerziehung“ in staatssozialistischen Systemen. Die Neue Rechte versucht sich als Anwältin der Meinungsfreiheit und Verteidigerin demokratischer Freiheiten darzustellen, fordert jedoch die rücksichtslose Durchsetzung von Eigeninteressen und das Ausleben von Vorurteilen.

Gutmensch

Als „Gutmenschen“ werden politische Gegner der extremen Rechten beschimpft, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, gegen Diskriminierung eintreten oder Geflüchtete unterstützen. Sie gelten pauschal als **hypermoralisch**, naiv und dumm.

Das Ziel des Vorwurfs ist es, ihre politischen Anliegen als gut gemeint, aber weltfremd und realpolitisch nicht umsetzbar abzuwehren, oder gar als gefährlich zu brandmarken. Der Begriff wurde 2015 zum deutschen Unwort des Jahres gewählt.

„Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land.“

Alexander Gauland, Fraktions- und Ehrenvorsitzender der AfD im Bundestag¹⁴

¹⁴ ZEIT ONLINE, dpa, pb (5.6.2016). AfD: Gauland heißt NPD-Slogan gut. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/afp-alexander-gauland-zitat-npd-neonazi-band>

Political Correctness

Die Bezeichnung „Political Correctness“ (PC) wurde zu Beginn der 1990er Jahre aus den USA in den deutschen Sprachraum importiert und hier als Schmähbegriff in der breiten Öffentlichkeit gebraucht, um Forderungen nach einem bewussten und diskriminierungsfreien Umgang mit Sprache zu torpedieren. Er ist kein exklusiver Begriff der extremen Rechten, verdeutlicht jedoch die Anschlussfähigkeit rechter Diskursstrategien in der medialen Öffentlichkeit. Kritik an „Politischer Korrektheit“ geht häufig mit dem Vorwurf einher, sie schränke die Meinungsfreiheit ein, errichte totalitäre Denk- und Sprachverbote und sei vergleichbar mit „Zensur“. Vertreter*innen einer

politisch korrekten Sprache werden dabei entweder als autoritäre „Sprachpolizisten“ angeprangert oder als spießige **Gutmenschen** lächerlich gemacht, während die Kritiker*innen sich in einer Opferrolle inszenieren („das wird man ja noch sagen dürfen“) und lautstark „Meinungsfreiheit“ für sich einfordern. Der Vorwurf der politischen Korrektheit dient in der politischen Auseinandersetzung in der Regel dazu, Ressentiments zu rechtfertigen und gegen Kritik zu immunisieren. Andererseits sollen politische Gegner durch absichtsvolle Verstöße gegen PC provoziert werden. Das rechtsextreme Blog PI-NEWS (Politically Incorrect) trägt diese Provokation lustvoll zur Schau.



Quelle: AfD Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, <https://www.afd-soe.de/presse/pressemitteilungen/angst-vor-dem-eigenen-volk-mehrheit-fuer-volksentscheide-blockparteien-mauern.html> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)



Quelle: AfD Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, Bild: <https://www.afd-soe.de/presse/pressemitteilungen/afd-sachsen-politische-korrektheit-im-baeckerhandwerk-angekommen.html> (zuletzt abgerufen am 14.12.2020)

Strategien

Metapolitik

Unter „Metapolitik“ versteht die politische Rechte seit der Französischen Revolution den Kampf um den sogenannten vopolitischen Raum. Dahinter steht die Idee, dass der Erringung der politischen Macht eine sogenannte „Diskurshegemonie“ im kulturellen Bereich vorausgeht, die sich in der Herrschaft über Begriffe, Vorstellungen und kulturell einflussreiche, soziale Positionen auszeichnet. Durch Begriffsprägungen, die Verbreitung von Schlagworten, Bildern und Symbolen sowie der Dominanz im öffentlichen Diskurs soll langfristig das gesellschaftlich

Denk- und Sagbare verändert werden. Das Konzept der Metapolitik wird häufig mit der Theorie der „kulturellen Hegemonie“ des italienischen Marxisten Antonio Gramsci in Verbindung gebracht, die von der Neuen Rechten seit den 1960er Jahren adaptiert wird. Strategisches Ziel der Neuen Rechten ist die Errichtung einer Infrastruktur von Medien, Verlagen, Thinktanks und Vereinen, die politische Krisen überdauern kann und neben der metapolitischen Begriffsbearbeitung auch die Delegitimierung politischer Gegner betreibt.

„Alle Metapolitik ist ganz wesentlich eine Arbeit mit Begriffen und Bildern. Ihr Ziel ist es, die kulturelle Hegemonie, welche die Grundüberzeugungen und Grundstimmungen in der Gesellschaft formt, zu beeinflussen. Das bedeutet vor allem, neue Begriffe und Bilder zu ‚injizieren‘. Sie sind die Vehikel und Träger der Idee. Begriffe dienen, wie der Name sagt, dem ‚Begreifen‘, das heißt dem Erfassen und Verstehen eines Sachverhalts. Sie sind damit selbst bereits Ausdruck einer Weltanschauung. Jeder Begriff spiegelt die Perspektive.“

Martin Sellner, führender Aktivist der Identitären Bewegung¹⁵



¹⁵ Sellner, Martin (2016): Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis. In: Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Antaios, S. 189-221, hier: 189.

Kulturrevolution von Rechts

Mit dem Programm einer „Kulturrevolution von Rechts“ zielt die Neue Rechte auf die Etablierung einer rechten Gegenöffentlichkeit, die langfristig im gesellschaftlichen Mainstream aufgehen soll. Ihr Vorbild ist der „Marsch durch die Institutionen“, mit dem die durch die Kulturrevolution von 1968 geprägte Generation die Bundesrepublik grundlegend verändert hat. Statt gesellschaftspolitischer Liberalisierung

sehnt die Neue Rechte jedoch eine Re-Traditionalisierung und den Ausbau von autoritären Institutionen herbei, der durch Multiplikator*innen in Schlüsselpositionen, etwa in Sportvereinen, Bildung, Medien, Justizwesen und Polizei, vorangetrieben werden soll. Auch die NPD verfolgte mit dem sogenannten Viersäulenkonzept unter dem Slogan „Kampf um die Köpfe“ seit 1997 das Konzept einer rechten Kulturrevolution.

„Die Neue Rechte wird seit Alain de Benoists Programm einer Kulturrevolution von rechts mit Antonio Gramscis Strategie der Eroberung der kulturellen Hegemonie in Verbindung gebracht: Wer Begriffe definiere, Debatten führe und gewinne, Slogans durchsetze und die Kultur weltanschaulich kanonisiere, werde zu einem Machtfaktor, den die Politik auf Dauer nicht ignorieren könne. Wir haben diesen Ansatz in der Sezession nicht nur etliche Male durchdekliniert – die Sezession selbst ist eine Strecke auf diesem Weg.“

Götz Kubitschek, führender Publizist und Aktivist der Neuen Rechten¹⁶

Mosaik-Rechte

Das Konzept der „Mosaik-Rechten“ ist der Forderung nach einer „Mosaik-Linken“ nachgebildet, die der IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban für das Verhältnis von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und linken Intellektuellen erhebt. Mit dem Begriff bezeichnet Benedikt Kaiser aus dem Institut für Staatspolitik eine strategische und informelle Arbeitsteilung von verschiedenen rechten Kräften. Das rechte Mosaik soll sowohl außerparlamentarische Akteure wie Thinktanks, Straßenbewegungen,

Szenen, informelle Netzwerke als auch den parlamentarischen Arm der AfD umfassen und sich „gegenseitig strategisch vorantreiben und zugleich korrigieren“ (Kaiser). Ziel ist neben einer Bündelung von Ressourcen und gemeinsamen Kampagnen auch das inszenierte Wechselspiel von Radikalität und vorgetäuschter Bürgerlichkeit. Neben der völkischen Gruppierung „Der Flügel“ erscheinen andere Teile der AfD plötzlich als gemäßigt, obwohl sich häufig nur die Rhetorik unterscheidet.

„Das Leitbild müßte vielmehr (...) ein rechtes ‚transversales‘ Mosaik sein. Dieses Mosaik müßte getragen sein von der Überzeugung, daß parlamentarische und außerparlamentarische Akteure mit nicht hintergehbarem Bezug auf ein inhaltlich Einendes bausteinartig ein Gesamtmilieu abbildeten, bei dem jeder in seinem Beritt mit den dort typischen Verhaltens- und Aktionsweisen agierte, die organisationskulturelle Autonomie des Bündnispartners aber akzeptierte.“

Benedikt Kaiser in der neurechten Zeitschrift „Sezession“¹⁷

¹⁶ Kubitschek, Götz (2014): Der romantische Dünger. In: Sezession 59, S. 33-35, hier: 33.

¹⁷ Kaiser, Benedikt (2017): Mosaik-Rechte und Jugendbewegung. In: Sezession 77, S. 46-47, hier: 46.

Politische Mimikry

Politische Mimikry (englisch mimicry: Anpassung, Täuschung, Nachahmung) ist eine **metapolitische Strategie**, die die kommunikative Anschlussfähigkeit von neurechten Ideen an den Mainstreamdiskurs sicherstellen soll. Durch **Framing** und **Diskurspiraterie**, wie die gezielte Nutzung etablierter Codes wie „Demokratie“ und „Meinungsfreiheit“ oder das Aufgreifen der „sozialen Frage“, sollen neurechte Denk- und Argumentationsmuster verbreitet werden.

„Die Mimikry empfiehlt sich als Taktik der Anschließbarkeit immer. (...) Man folgt letztlich Graciáns ‚Rede wie alle, denke wie die wenigen‘. Hier weiteres zu sagen, hieße Betriebsgeheimnisse verraten. (...) Es kann intelligenter sein, neuen Wein in die alten Schläuche der angesagten Autoritäten zu gießen. Oder Fragestellungen aufzunehmen, die en vogue sind, und ihnen eine verändernde Wendung zu geben.“

Harald Seubert in der neurechten Zeitschrift „Sezession“¹⁸

Diskurspiraterie

Im Rahmen der **politischen Mimikry** bedient sich die Neue Rechte häufig Konzepten des politischen Gegners, die sie aus ihrem Kontext entwendet und für die eigene Agenda instrumentalisiert. Beispiele sind das Konzept einer **Kulturrevolution von Rechts**, die **Mosaik-Rechte** sowie die Versuche, im Rahmen einer **Querfront** die „soziale Frage“ aufzugreifen.

„Es ist also an der Zeit, Karl Marx und seine Analysen den Klauen einer mit dem Kapitalismus-kooperierenden Linken zu entreißen, die vom Gegenpol zum Handlanger der ‚Megamaschine‘ (Lewis Mumford) verkommen ist.“

Philip Stein, Leiter der Kampagne „Ein Prozent“¹⁹

¹⁸ Seubert, Harald (2013): Anschließbarkeit, Mimikry, Provokation. In: Sezession 52, S. 24-27, hier: 25.

¹⁹ Stein, Philip (2018): Vorwort. In: Kaiser, Benedikt/Benoist, Alain de/Fusaro, Diego (Hg.): Marx von Rechts. Dresden: Jungeuropa Verlag, S. 7-12, hier: 11.

Querfront



Unter dem Begriff der **Querfront** versuchten rechte Kräfte aus dem Umfeld der **konservativen Revolution**, die im Liberalismus den Hauptfeind sahen, in den 1920er Jahren ein strategisches Bündnis von Nationalisten und Kommunisten gegen die junge Weimarer Republik zu schließen. Versuche von Bündnissen oder einer Synthese von „linken“ und „rechten“ Kräften hat es seither immer wieder gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg proklamierten rechte Kräfte für die Bundesrepublik einen „Dritten Weg“ jenseits der Blockkonfrontation zwischen der USA und der UdSSR und entwickelten Sympathien für antikoloniale und nationale Befreiungsbewegungen wie den arabischen Sozialismus und vor allem den Maoismus. Die Dekolonialisierung des globalen Südens wurde dabei auf die Situation in der Bundesrepublik projiziert, um eine nationale Selbstbehauptung gegen das Bündnissystem der USA zu legitimieren. Mit dem Konzept des

Ethnopluralismus übernahmen Neonazis in den 1960er Jahren eine kulturalistische Argumentation, die zum Schutz von lokalen Kulturen und Sprachen gegen den „westlichen Universalismus“ und eine „One-World-Ideologie“ aufrief. Auch die Neue Rechte ist als Querfrontprojekt angelegt und weist in einer rhetorischen Kritik an Imperialismus und der Konsumgesellschaft Schnittmengen zu einem linken Antiimperialismus und den Friedens- und Umweltbewegungen auf. Aktuell gehört die Zeitschrift **Compact** des ehemaligen linken Publizisten Jürgen Elsässer zu den einflussreichsten Vertretern einer Querfrontstrategie. Zentrale Themen sind ein strikter Antiamerikanismus sowie die außenpolitische Orientierung an Russland, Iran, Syrien und Venezuela. Das Verhältnis zum Islam ist ambivalent. Einerseits wird er als außenpolitischer Bündnispartner umworben, andererseits werden rassistische Ressentiments vor einer Islamisierung der westlichen Welt mobilisiert.

„In diesem Sinne: Patrioten aller Länder und Religionen, vereinigt Euch! Für Deutschland, für die deutsche Souveränität, für ein Europa der Vaterländer von Lissabon bis Wladiwostok! Mit Mut voran, mit dem Mut zur Wahrheit gegen die Lügen des Systems! Wir sind das Volk! Und wir kommen wieder!“

Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechten Querfrontmagazins „Compact“²⁰

²⁰ Jürgen Elsässer in einer Rede auf der Pegida-Demonstration in Leipzig, 21.01.2015, https://www.youtube.com/watch?v=hlp-bio12DEU&ab_channel=weiseVoraussicht (zuletzt abgerufen am 14.12.2020).

Framing

Jede Form der Kommunikation und Informationsbearbeitung ist selektiv und folgt spezifischen Deutungsmustern. Durch Hervorhebung einzelner Aspekte, bewusster Auslassung von Informationen, den Einsatz von Fake News oder die Einbettung in thematische Kontexte kann die Wirkung von Nachrichten und Texten verändert werden. Der Prozess der gezielten und strategi-

schen Aufbereitung von Informationen, um eine gewünschte Problemwahrnehmung hervorzurufen und politischen Handlungsdruck zu suggerieren, wird in den Kommunikationswissenschaften als „Framing“ (englisch **frame**: Rahmen) bezeichnet. Im Rahmen der **Metapolitik** setzt die Neue Rechte gezielt Framing-Strategien ein.

„Da die AfD weiterhin wachsen will, muss sie sich systematisch mit Framing, Priming, Virtue Signaling, Nudge, dem Negative oder Dirty Campaigning, Astroturfing und Beeinflussung des Wahrnehmungsfensters befassen. Sie muss immer wieder neu versuchen, selbst Begriffe zu bilden und zu besetzen sowie Meinungskampagnen zu initiieren.“

Strategiepapier der AfD: „Strategie 2019 bis 2025: Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei“



Foto: Roland Geisheimer / attenzione

Derailing

„Derailing“ (englisch: entgleisen) bezeichnet rhetorische Strategien, mit denen Diskussionen und Debatten manipuliert, in eine andere Richtung gelenkt oder absichtsvoll eskaliert werden können. Das Ziel besteht in der Verhinderung einer demokratischen Streitkultur durch Polarisierung und Instrumentalisierung von Affekten und Emotionen. Vor allem in den sozialen Medien und Kommentarspalten im Internet

nutzen rechte Trolle Derailing-Strategien wie Shitstorms und Whataboutism (die Abwehr von Kritik durch Verweise auf doppelte Standards auf Seiten der Kritisierenden), um Diskussionsräume zu kapern. Zugleich wenden neurechte Akteure den Vorwurf aber auch gegen ihre Kritiker*innen, indem sie Auseinandersetzungen von der Sachebene auf eine Metaebene verlagern.

„Wie also weitertun mit dem Problem, das als Hate speech im linken Paradigma beschrieben wird? Wir könnten annehmen, daß das Phänomen eine ganz leere Zuschreibungskategorie ist, eine bewußte Diskursentgleisungsstrategie, die als Derailing pointiert aufs Korn genommen geworden ist (...). Wenn Argumente nicht reichen, schreie man bei Gegeneinwänden laut: ‚Das ist aber Hate speech!‘“

Caroline Sommerfeld in der neurechten Zeitschrift „Sezession“²¹



Foto: Mark Mühlhaus / attenzione

²¹ Sommerfeld, Caroline (2017): Glossarium für den Psychokrieg. In: Sezession 77, S. 38-40, hier: 39.

Provokation

Durch gezielte Provokationen, diskursive Tabubrüche und die Störung von etablierten Kommunikationsformen will die Neue Rechte in der Öffentlichkeit einerseits ihre Themen platzieren und als Akteur wahrnehmbar bleiben. Denn spektakuläre Aktionen garantieren Sichtbarkeit in der Aufmerksamkeitsökonomie der Medien. Eine langfristige **metapolitisch** einkalkulierte Folge ist die Abstumpfung der

Öffentlichkeit gegenüber rechten Positionen, die aufgrund ihrer Dauerpräsenz zunehmend normalisiert werden. Andererseits sollen spontane und impulsive Reaktionen des auf derartige Situationen unvorbereiteten politischen Gegners provoziert werden, die sich anschließend skandalisieren lassen. Die Neue Rechte kann so das Ansehen des Rebellen für sich in Anspruch nehmen und sich als Opfer inszenieren.

„Provokation, kluge, arrogante, witzige, schockierende, plötzliche, stete, situative Provokation ist für unseren Zweck das unausweichliche und das geeignete Mittel. (...) Für uns ist Provokation keine Verkaufsstrategie, und die Hoffnung auf den Einbau in den satten Diskurs gäbe all unser Tun der Lächerlichkeit preis. Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“

Götz Kubitschek, führender Publizist und Aktivist der Neuen Rechten²²

²² Kubitschek, Götz (2007): Provokation. Schnellroda: Antaios, S. 22ff.



Foto: Roland Geisheimer / attenzione

Akteure

Identitäre Bewegung

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) hat ihre Ursprünge in Frankreich und stilisiert sich unter dem Slogan „Jugend ohne Migrationshintergrund“ als neurechte Jugendbewegung. Sie sieht sich im letzten Kampf zur Verteidigung der „europäischen Identität“, warnt vor einer vermeintlichen

Überfremdung und verbreitet die Verschwörungstheorie des **Großen Austauschs**. Die hierarchisch organisierte Bewegung ist ein Anlaufpunkt für ehemalige Neonazi-Kader und extrem rechte Burschenschaften. Das Logo der IB ist ein gelbes Lambda, das dem Hollywoodfilm 300 entnommen ist.

Zeitschrift Compact

Das Monatsmagazin „Compact“ wird seit 2010 von Jürgen Elsässer herausgegeben und erreicht eine Auflage von ca. 40.000 Exemplaren. Proklamierte Compact in der Anfangszeit eine **Querfrontstrategie** und verband dazu vor allem antiimperialistische, verschwörungsideologische und esoterische Themen, so bedient die Zeitschrift seit 2015 offen rechtsextreme und neurechte Positionen. Sie gilt als Sprachrohr der AfD, insbesondere der völkischen Kräfte um Björn Höcke, und verfügt über gute Kontakte zum Organisationsteam der Pegida und Aktivisten der **Identitären Bewegung**. Außenpolitisch

vertritt die Zeitschrift die Linie des Kremls, ihre Auflage wird vor allem in den Neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen, verbreitet. Dort organisiert sie in Kooperation mit dem **Institut für Staatspolitik** und dem Verein **Ein Prozent** auch Veranstaltungen und Kampagnen im ländlichen Raum. Seit Dezember 2021 wird Compact als gesichert rechtsextremistisch durch den Verfassungsschutz eingestuft. Laut dem Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang bediene sich das Magazin „revisionistischer, verschwörungstheoretischer und fremdenfeindlicher Motive“.

Ein Prozent für unser Land

Das Kampagnennetzwerk „Ein Prozent für unser Land“ (auch: Ein Prozent) wurde 2015 aus dem Umfeld von **Compact** und dem **Institut für Staatspolitik** als extrem rechter Verein gegründet. Ein Prozent bezeichnet sich als „Deutschlands größtes patriotisches Bürgernetzwerk“ und soll dem Selbstverständnis nach als NGO und professionelle Widerstandsplattform für Deutschland agieren. Für die Veränderung des Gesell-

schaftssystems benötige es lediglich 1% der Deutschen, daher der Name der Organisation. Der Verein sammelt Spenden und fungiert als Schnittstelle zwischen der AfD, der Neuen Rechten und lokalen Neonazistrukturen, deren Aktivitäten er finanziert. Neben Denunziationen des politischen Gegners setzt er vor allem auf die Themen Migration und Innere Sicherheit.

Institut für Staatspolitik und Zeitschrift „Sezession“

Das Institut für Staatspolitik (IfS) war eine private Denkfabrik der Neuen Rechten um den Verleger Götz Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka mit Sitz in Schnellroda (Sachsen-Anhalt). Das Institut verstand sich als Kaderschmiede und Vernetzungsplattform und arbeitete seit Mai 2000 aktiv am Aufbau der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur der Neuen Rechten. Führende Kader der extremen Rechten, u.a. Aktivist*innen der **Identitären**

Bewegung und Björn Höcke, der sagt, dort sein „geistiges Manna“ zu beziehen, arbeitete eng mit dem IfS zusammen. Das IfS versucht alle Fraktionen des **rechten Mosaiks** zusammenzubringen, leistet Politikberatung für die AfD und schult ihr wissenschaftliches Personal sowie den Nachwuchs der Partei. An das IfS sind die Zweimonatszeitschrift Sezession und der Verlag Antaios angegliedert, in dem Schlüsselwerke der Neuen Rechten verlegt werden.

Literaturempfehlungen

Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.) (2016):
Strategien der extremen Rechten. Hintergründe, Analysen, Antworten.
Wiesbaden: Springer VS.

Frei, Norbert/Morina, Christina/Maubach, Franka/Tändler, Maik (2019):
Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus.
Berlin: Ullstein.

Gießelmann, Bente/Heun, Robin/Kerst, Benjamin/Suermann, Lenard et al. (Hrsg.) (2016):
Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe.
Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

Lenk, Kurt/Meuter, Günter/Otten, Henrique Ricardo (1997):
Vordenker der neuen Rechten. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal (2017):
Mit Rechten reden. Ein Leitfaden.
Stuttgart: Klett-Cotta.

Salzborn, Samuel (2017):
Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten.
Weinheim: Beltz Juventa.

Weiß, Volker (2017):
Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.
Stuttgart: Klett-Cotta.

Wölk, Volkmar (2016):
Zur Renaissance der europäischen Konservativen Revolution.
Rosa-Luxemburg Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen31_KonservRevolution.pdf

Zentrum Liberale Moderne (2019):
Das alte Denken der neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte.
Berlin: Zentrum für die liberale Moderne.

Weiterführende Hinweise

Nachrichten, Analysen, Recherchen, Reportagen, Hintergrundberichte und Interviews für eine demokratische engagierte Zivilgesellschaft zu den Themen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratiegefährdung in der Online- und Offline-Welt.
www.belltower.news

Überblick über die zentralen antifeministischen Narrative und ihre Geschichte.
www.diskursatlas.de

Das Zentrum Liberale Moderne setzt sich auf dem Blog „Gegneranalyse“ mit den Vordenkern der Neuen Rechten auseinander und bietet u.a. ein Glossar zu den Grundmustern antiliberalen Denkens.
www.gegneranalyse.libmod.de

Kommentare und Glossar zum Umgang mit der Neuen Rechten von Akteur_innen aus dem Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbereich.
www.keine-buehne.org

Aufbereitetes Archiv über extrem rechte Publikationen, Organisationen und umfassende Analysen über die extreme Rechte.
www.apabiz.de

Die Versteckspiel-Broschüre stellt umfassend den Lifestyle, Symbole und Codes der extremen Rechten und Neonazis vor.
www.dasversteckspiel.de



Netzstelle Dresden

Könneritzstraße 7 | 01067 Dresden
0351 48 100 67 | dresden@netzwerk-courage.de

Netzstelle Chemnitz

Augustusburger Straße 33 | 09111 Chemnitz
0371 66 609 08 | chemnitz@netzwerk-courage.de

Netzstelle Leipzig

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21 | 04103 Leipzig
0341 33 734 97 | leipzig@netzwerk-courage.de

www.netzwerk-courage.de/sachsen
www.instagram.com/ndc_sachsen
www.facebook.com/ndcsachsen
www.linkedin.com/company/ndcsachsen